

(Sekretär Fleischner.)

(A) haben, an der Änderung dieser für sie so ungünstigen Zustände mit zu arbeiten. Dazu ist wiederum das Wahlrecht wichtig, ein wichtiger Hebel zur Ausgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen, besonders auch vom Standpunkte der Frau aus.

Meine Herren! Noch auf eins will ich hinweisen: die Dienstboten sollen natürlich auch das Wahlrecht haben, wie gesagt, ganz unterschiedlos. Wir haben kürzlich eine Debatte hier gehabt über die Dienstbotenfrage. Ich kann Ihnen schon sagen: wenn die Dienstboten das Wahlrecht hätten, würden sie allerdings den Leuten, die damals für den gegenwärtigen Zustand eingetreten sind, die Stimme nicht geben. Und so ist jeder Kategorie weiblich-staatsbürgerlicher Kreise eine Seite abzugewinnen, die dafür spricht, daß auch den Frauen das Wahlrecht gewährt werde.

Ich kann auch hinweisen auf andere Länder. Wir in Deutschland sind in dieser Beziehung noch außerordentlich rückständig. In Schweden z. B. hat man schon längst in der Kommunalverwaltung das weibliche aktive und passive Wahlrecht; weibliche Stadtverordnete sind in Schweden etwas ganz Selbstverständliches und gar nichts Auffälliges mehr. In Russisch-Polen selbst haben in den Städten die Frauen sogar das aktive Wahlrecht, wenn es auch etwas eingeschränkt ist, aber immerhin, gar nicht zu vergleichen mit unseren Verhältnissen. Ich weise hin auf das außerordentlich fortgeschrittene Finnland, ganz zweifellos ein Kulturland ersten Ranges unter den nordischen Ländern, die ja im allgemeinen eine hohe Kulturstufe einnehmen. In Finnland hat man bereits für den Landtag das Frauenwahlrecht, und es ist außerordentlich lehrreich gewesen, feststellen zu können, mit welchem Eifer die Frauen das erste Mal von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht haben; es haben, als das Landtagswahlrecht von den Frauen das erste Mal ausgeübt wurde, 60 $\frac{1}{2}$ Prozent aller weiblichen Wähler von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht, und tatsächlich haben wir heute im finnischen Landtage unter den Vertretern 15 Frauen sitzen, darunter 9 Sozialdemokraten. Seit 1906 ist in Finnland die völlige Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern durchgeführt. In Norwegen haben sie seit 1901 das kommunale Wahlrecht, seit 1907 auch das politische Wahlrecht zu der Landesvertretung. In Dänemark haben sie das kommunale Wahlrecht, das aktive und auch das passive, und seit einiger Zeit ist in Dänemark auch das politische Wahlrecht eingeführt, das übrigens auch in anderen Ländern,

in fünf Staaten der nordamerikanischen Union, besteht. Es ist sehr interessant, darauf hinzuweisen, mit welchen Worten seinerzeit der Oberbürgermeister von Kopenhagen die weiblichen Kommunalvertreter einführte, als sie das erste Mal in das Stadtparlament einzogen. Der Oberbürgermeister begrüßte sie nämlich mit folgenden Worten:

„Mit den Frauen wird echte Menschenliebe, die in der Mutterliebe ihren eigentlichen Ursprung hat, in die Beratungssäle der Stadtverordnetenversammlungen Dänemarks ihren Einzug halten, und das leuchtende Banner des Freisinn wird vorangetragen werden.“

Es wurde weiter davon gesprochen, daß man die Überzeugung habe, daß die Mitberatung der Frauen segensreich für die Ausgestaltung der ganzen öffentlichen Verhältnisse in Dänemark sein werde. Ich glaube, es wird nicht allzulange dauern, daß man nach der Richtung hin Betrachtungen darüber anstellen kann, inwieweit das tatsächlich geschehen ist. Denn bis jetzt hat sich in der kurzen Zeit bereits herausgestellt, nicht nur daß sich die Frauen sehr leicht in die formalen Dinge einzuleben und damit abzufinden verstehen, sondern daß sie auch ein außerordentliches Verständnis für die Erledigung der Geschäfte gezeigt und große Sachkenntnis an den Tag gelegt haben. Meine Herren! So könnte ich Ihnen noch eine ganze Reihe von ähnlichen Fällen anführen. Ich will noch hinweisen auf Neuseeland, wo das Frauenstimmrecht in einer Weise ausgestaltet ist, wie wir es nirgends bisher haben.

Wir fordern weiter die Verhältniswahl, das Proportionalwahlsystem. Wir beugen damit dem Einwande vor, der gegen unsere Forderungen geltend gemacht werden könnte, daß nach Lage der ganzen politischen Situation bei einem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht die Sozialdemokratie das große Übergewicht erhalten und andere Parteien überhaupt wortlos gemacht werden könnten. Deshalb verlangen wir die Verhältniswahl, d. h. es soll jede Partei im Verhältnis zu der für sie abgegebenen Stimmenzahl Vertreter im Parlament erhalten. Ich glaube, einen gerechteren und der Sache entsprechenderen Maßstab kann man überhaupt nicht finden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es sollen auch die Minoritäten zu Worte kommen, sie sollen nicht ausgeschaltet werden. Es würden dann die Stichwahlen fortfallen. Meine